

Wirtschaftsoffensive für Berlin – Für mehr Wachstum und Arbeitsplätze

Bundespräsident Köhler hat es in seiner vielbeachteten, herausragenden Rede auf den Punkt gebracht:



Nicolas Zimmer MdA land nach dem Krieg Zuversicht und Wohlstand, Stabilität und Ansehen gebracht hat“ und weiter: „Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir in Deutschland jetzt eine politische Vorfahrtsregel für Arbeit“. Wenn man Berlin betrachtet, sieht man dagegen nur Stop-Schilder oder Umleitungen. Offiziell 332.000 Arbeitslose bei einer Arbeitslosenquote von 19,6% sind ein deutliches Zeichen dafür, dass in Berlin in den vergangenen Jahren nicht genug getan wurde, um im Standortwettbewerb zwischen den Bundesländern zu bestehen. Berlin weist erhebliche Defizite in den Bereichen Wachstum, Wirtschaftsstruktur, Investitionen, Arbeitsmarkt und Fi-

nanzen auf. Angesichts der überproportional geringen Kaufkraft der Stadt sind die Möglichkeiten beschränkt, einen Wirtschaftsimpuls herbeizuführen, der zu signifikant mehr Wachstum und zu mehr regulären Arbeitsplätzen in der Stadt führt. Aber genau dies muss die Kernaufgabe einer jeden verantwortungsbewussten Regierung, und auch der Opposition sein:

**>>Wir bieten unsere
Zusammenarbeit an.<<**

Wir müssen die Staatsquote senken und eine Fokussierung auf die wirklich wichtigen öffentlich geförderten, produktiven Projekte erreichen.

Es ist geboten, die noch zur Verfügung stehenden Mittel zu bündeln und gezielt zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft einzusetzen. Schluss mit Subventionspolitik, die letztlich nur in die Sackgasse der Staatswirtschaft führt.

Wir müssen die Berliner Verwaltung aufgabenkritisch beurteilen, was brauchen wir noch, was können

andere billiger tun und auf was können wir gänzlich verzichten.

Auch die Gewerbesteuer belastet die Berliner Wirtschaft in erheblichem Maße. Würde Berlin die Ressourcen, die in den unproduktiven Bereichen versickern, in die Senkung bzw. Abschaffung der Gewerbesteuer investieren, würde die Berliner Wirtschaft entlastet und das längst überfällige

Aufbruchsignal gesendet werden können. Unsere Wirtschaftsoffensive für mehr Wachstum und Arbeitsplätze liegt vor (siehe Kasten rechts). Bisher hat es Rot-Rot versäumt, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb bieten wir dem Regierenden Bürgermeister und dem Senat unsere Zusammenarbeit an, um gemeinsam, Regierung und Opposition erste entscheidende Schritte für eine Belebung des Arbeitsmarktes zu tun. Wir sind es alle zusammen den Menschen in unserer Stadt schuldig. Wir packen an!

von Nicolas Zimmer
Fraktionsvorsitzender

- Befreiung der Unternehmen von allen bürokratischen Aufgaben (Statistiken, Anzeigen, Genehmigungen usw.), die nicht durch übergeordnetes Recht begründet sind - ein radikaler Entbürokratisierungskurs, der bereits im CDU-geführten Saarland zu einem starken Wirtschaftswachstum geführt hat,
- die Reorganisation und Straffung der Wirtschaftsförderung,
- ein Investitionsprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur,
- die Absenkung der Gewerbesteuer auf den derzeit bundesgesetzlichen Mindestsatz; ferner wird der Senat aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Gewerbesteuer einzuleiten,
- die stärkere Vernetzung des Wissenschaftsstandorts mit der Wirtschaft,
- die Herstellung von Wettbewerb in der Verwaltung und für die Verwaltung,
- den Bürokratieabbau in den Bereichen, die keine unmittelbaren Leistungen für die Bürger erbringen
- die Verschlinkung von Verwaltungen und Arbeitsabläufen,
- den Wegfall von Aufgaben und Senkung von Transferausgaben in den Bereichen, die die wirtschaftliche Entwicklung nicht unterstützen oder gar behindern,
- die Veräußerung aller Beteiligungsunternehmen, soweit sie nicht der unmittelbaren Daseinsvorsorge dienen und eine Wettbewerbssituation besteht.

Union fordert „Pakt für Deutschland“

Angesichts einer Rekordarbeitslosigkeit und eines schwachen Wirtschaftswachstums brauche Deutschland eine „nationale Kraftanstrengung“, forderte auch die CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel. „Eine Haltung des ‚Weiter so‘“ verbiete sich angesichts dieser Situation. Sie forderte weitere „durchgreifende Strukturereformen“. Zugleich erteilte Merkel schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen eine klare Absage. Denn diese bewirkten allenfalls ein kurzfristiges „Strohfeuer“. Stattdessen sei der von der Union vorgeschlagene „Pakt für Deutschland“ der Weg, um die Probleme des Landes zu lösen. Konkret schlug

sie den Abbau von Bürokratie vor, um so beispielsweise Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

In diesem Zusammenhang forderte Merkel den Bundeskanzler auf, nicht neue bürokratische Hemmnisse aufzubauen und das Antidiskriminierungsgesetz zurückzuziehen.

Außerdem plädierte sie für eine Schwerpunktsetzung

bei Bildung und Innovationen, beispielsweise in Form eines liberalisierten Gentechnikgesetzes oder mehr

sche Industrie. Des Weiteren sollen nach dem Willen von CDU und CSU betriebliche Bündnisse für Arbeit

Hinzuverdienstmöglichkeiten für Arbeitslosengeld II-Bezieher auf dem 1. Arbeitsmarkt erweitert und die Lohnzusatzkosten über eine Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung reduziert werden. Auch plädierte die Partei- und Fraktionsvorsitzende für eine Unternehmensteuerreform, um die mittelständischen Unternehmen zu entlasten. Schließlich strebe die Union weiterhin eine Föderalismusreform an. Merkel bekräftigte, dass die Union die Gespräche mit dem Bundeskanzler offen angehe. Wenn die Vorteile die Nachteile überwiegen, werde es zu einer Einigung kommen. „Wir sind dazu bereit“.



Planungssicherheit für die forschende pharmazeuti-

auf eine sichere rechtliche Grundlage gestellt, die